



Bundesrätin Simonetta Sommaruga am Podium gestern Abend im Kultur- und Kongresszentrum in Aarau.

EMANUEL FREUDIGER

«Mehr Ferien würden wir allen gönnen, aber...»

Ferieninitiative Ja oder Nein zu sechs Wochen Ferien? Vier Politiker kreuzten dazu die Klänge.

VON MATHIAS KÜNG

Hoher Besuch gestern Abend in Aarau: Auf Einladung der Aargauer FDP, der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), des Aargauer Komitees «Ferieninitiative Nein» und von Radio Argovia erläuterte Bundesrätin Simonetta Sommaruga vor zahlreichem Publikum die Argumente des Bundesrates gegen die Ferieninitiative. Nach einer Begrüssung durch FDP-Fraktionspräsident Daniel Heller listete sie erst auf, was für die Initiative spricht. Etwa, dass das Arbeitstempo zugenommen hat, ebenso Stress und Termindruck. Diese Überlegungen nehme der Bundesrat sehr ernst. Trotzdem empfiehlt er ein

Nein. Die Initiative bringe ja nur etwas, wenn die Arbeit dann auch auf mehr Hände und Köpfe verteilt werde. Wenn nicht, müssten die Leute dieselbe Arbeit einfach in kürzerer Zeit machen. Das wäre dann nicht die Idee. Zudem würde die Initiative die Lohnkosten um 2 Prozent verteuern. Die heutige Regelung ermögliche massgeschneiderte Lösungen. Zur Frage von Jürgen Sahli (Chefredaktor Radio Argovia), ob sie mit dieser Argumentation nicht mit ihrer Partei (der SP) in Konflikt gerate, meinte sie, sie erfülle im Rahmen der Kollegialität eine Aufgabe und vertrete «in aller Redlichkeit die guten Argumente gegen die Initiative». Es gebe ja kaum ein Thema, bei dem es nicht «dafür» und «dagegen» gibt.

Zweimal Ja, zweimal Nein

Anschliessend diskutierten unter souveräner Leitung von Sahli vier «Polit-Cracks». Für ein Ja warfen sich die SP-Nationalräte Yvonne Feri und Max Chopard in die Schanze. Für ein Nein warben die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder und AIHK-Präsident Daniel Knecht, selbst Unternehmer.

«Profit haben Angestellte nur, wenn mehr Personal eingestellt wird.»

Simonetta Sommaruga, Bundesrätin

Feri bekannte, vieles gefalle ihr an Sommarugas Argumenten. Sie ziehe aber ein anderes Fazit: «Hören Sie für einmal nicht auf die Frau Bundesrätin.» Da die Produktivität in 20 Jahren um 20 Prozent gestiegen sei, könne man den Arbeitnehmenden dieses Geschenk wirklich machen. Chopard verwies auf die enorm gestiegenen Anforderungen der Arbeitswelt. Stehen ge-

blieben sei der Ferienanspruch. Die gestaffelt umzusetzende Initiative würde jährlich nur 0,3 Lohnprozente kosten.

Mehr Ferien wären schön, sie würden sie allen gönnen, antworteten die Gegner. Aber, so Markwalder: «Wer bezahlt dieses Geschenk? In einem schwierigen Umfeld würden wir damit, wenn auch mit hehren Absichten, de facto unseren Standort schwächen.» Ähnlich argumentierte Knecht: Die 0,3 Prozent Chopards seien eine Milchbüchleinrechnung. Und der Produktivitätsfortschritt finde auch in anderen Ländern statt. Die internationale Konkurrenzfähigkeit entscheide letztlich, wer die 2 Lohnprozente für die zusätzlichen Ferien bezahle.

Auch wenn man aus den Publikumsfragen schliessen konnte, dass sich viele ihre Meinung schon gebildet haben, hat sich das Podium gelohnt. Nur schon, weil es wohlthuend unpolemisch und informativ war.